



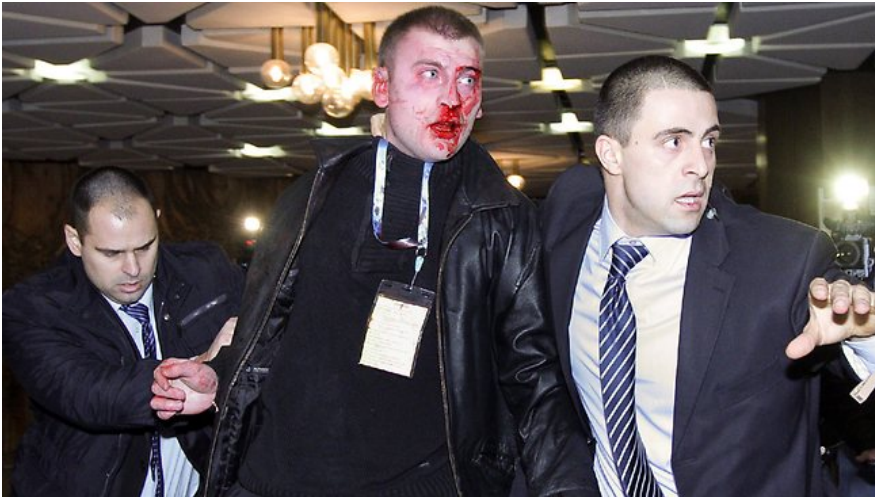
Sofia: Pistole auf Kopf der Türken-Partei



Während einer Rede ist der Chef der Türkenpartei, Ahmed Dogan, in Sofia von einem Mann mit einer Pistole bedroht worden. Der Täter wurde festgenommen, [bevor er schießen](#) konnte. Die EU, wie sie leibt und lebt. Bulgarien ist Mitglied, und nicht jeder Bulgare ist Bulgare. Es gibt dort Zigeuner und viele Türken, die schon ewig dort leben. Darum ist auch Bulgarien ein Schlupfloch für Türken in die EU. Bei den Beitrittsverhandlungen hat man auf solche Petitessen nie geachtet!

Hier das Video des Vorfalls:

Die Spuren der massiven Fuß- und Kopftritte auf den Attentäter im Anschluss an die Tat:



Und was die Zigeuner angeht, hier [neueste Einbruchszahlen](#) aus dem Ruhrgebiet!

Die verbrecherischen Benesch-Dekrete



Es ist gut, dass die verbrecherischen Benesch-Dekrete mal wieder thematisiert werden. Der tschechische Präsidentschaftskandidat Karel Schwarzenberg hat die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Dekrete des damaligen Präsidenten Benesch als „schwere Verletzung der Menschenrechte“ verurteilt und gesagt, Benesch käme heutzutage nach Den Haag. Schwarzenberg will wie gesagt tschechischer Präsident werden.

Links dazu:

- » FAZ: [Benesch nach Den Haag!](#)
- » WELT: [Antideutsche Töne im Prager Wahlkampf!](#)
- » Klaus [kritisiert Schwarzenberg!](#)
- » FAZ: Erika Steinbach [gewinnt Kampfabstimmung!](#)

Während für Edvard Benesch (Beneš) bis 1989 kein Denkmal errichtet wurde, sind heute zahlreiche Straßen, Brücken und Plätze nach dem Verbrecher benannt. Die EU wie sie leibt und lebt!

Auch Buschkowsky denkt nur klein-klein

Zugegeben, wir mögen ihn sonst ja, Heinz Buschkowsky, den Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln. Er hat seinen meisten sich lautstark äussernden Politikerkollegen voraus, dass er nicht schon mit der Problemwahrnehmung überfordert ist. Es ist nicht zu leugnen, dass ihm sein Realitätssinn manchen guten pragmatischen Ansatz für seinen Kiez beschert hat. Trotzdem stellt sich die Frage, ob nicht auch er mit seinen Gedanken meistens einfach zu kurz springt.

Bei einem Kongress christlicher Führungskräfte hat er – wie die [Junge Freiheit](#) meldet – zum besten gegeben, dass er jedes Kleinkind ab einem Jahr zwangsweise in eine Kinderkrippe stecken und ansonsten das Kindergeld halbieren möchte. Nun, solche Ansätze kennen wir, zuletzt aus den dunklen Zeiten, in denen man den sozialistischen Einheitsmenschen schaffen wollte. Was dort aber mit viel Zucht und Ordnung neben Indoktrination zumindest eine gewisse neutrale Grundbildung und nicht wenig Sekundärtugenden hervorbrachte, was soll das in unserer linksgrünen Stuhlkreispädagogik werden?!

Unsere Bildungseinrichtungen sind doch so schon überfordert, neben einem Bildungsauftrag noch erzieherisch tätig zu werden. Soll das besser werden, indem noch mehr Lebenszeit der Kinder in einem Betreuungsschlüsselsystem zwischen 8 und 25 Kinder, statt zuhause eins, zwei oder drei pro Erzieher stattfindet? Indem noch mehr Zeit irgendwelche Fräuleins sich nicht getrauen die kleinen Nachwuchsmachos auf den Topf zu setzen? Seien wir doch ehrlich – kaum ein Lehrer würde das bestreiten: Die vielen tüchtigen Elternhäuser, die heute kompensieren, was in der Schule nicht mehr vernünftig angepackt wird, sind doch mehr denn je die wichtigste Stütze des Schulbetriebs. Was für ein Albtraum schon unter diesem Aspekt, wenn man nun unterschiedslos auch den Bildungsbürgern mit einem Jahr die Kinder wegnehmen würde!

Es wird aus dem beobachteten Problem der Nicht-Schulfähigkeit gerade bei vielen Migranten ganz anders ein Schuh: Fangt doch besser an – liebe Bildungspolitiker – ein solches Betreuungssystem als Angebot an alle zu formulieren (wie es heute geschieht), und denen mit Zwang zu begegnen, die klar definierte Mindeststandards (insbesondere in Sachen Spracherwerb) nicht erfüllen. Das könnte man übrigens nachgelagert auch wunderbar mit dem Kindergeld koppeln: Wer mit meinetwegen zwei Jahren nicht das normale Deutschrepertoire eines Einheimischen beherrscht, MUSS in die Kinderbetreuung. Wer nach einem Jahr in der Kinderbetreuung nicht einen gewissen Mindeststandard erreicht, bekommt individuelle Förderung – aber den Eltern wird dafür partiell oder ganz das Kindergeld gestrichen. Manch einem, der mit nachgeworfenem deutschen Pass hier lebt, würde dann vielleicht ganz schnell klar, wie sehr die Pflege seines Herkunftsidioms ein Luxus ist, den ihm eben die Einheimischen nicht länger bezahlen wollen!

Und ganz generell, Herr Buschkowsky, sei noch etwas zum Kindergeld gesagt: Intelligentes Kindergeld sollte eigentlich einen Ausgleich schaffen zwischen Menschen gleichen

Ausbildungsniveaus – egal ob sie Kinder haben oder nicht. Das heutige Gießkannenprinzip animiert nur Arme und Faule, mehr Kinder zu kriegen, als ihnen (und der Gesellschaft) gut tut. Diese können sich teilweise heute mit Kindergeld und kinderbezogenem Hartz4 sogar ihren Lebensstandard verbessern. Gleichzeitig sorgt es bei Doppel-Gutverdienern eher für das Gegenteil, da ein mitunter dramatische Einbruch an Lebensstandard mit dem Kinderkriegen einher geht. Da reicht dann oft das Kindergeld gerade mal um die private Krankenversicherung für den Nachwuchs zu bezahlen. Für die von Buschkowsky beschworene Geige muss dann das verbleibende der vormals zwei Einkommen erhalten. Und ebenso für den Instrumentalunterricht. Unsere Politiker in ihrer sozialistischen Verblödung sind aber unfähig einen solchen Ansatz zu ende zu denken. Beim Betreuungsgeld hat man es immerhin im Ansatz so verwirklicht. Nur das ist Stückwerk im Hinblick auf eine heute meist über 20jährige finanzielle Belastung der Elternhäuser, bis ein Kind aus dem Haus ist.

Aber vor allem eines sollte sich Herr Buschkowsky endlich getrauen: Sagen Sie den anderen Politikern endlich lautstark, dass wir einen Einwanderungstopp brauchen – und sei es nur für Ihren Kiez! Ganz so, wie man aufhören muss zu essen, wenn man nicht mehr verdauen kann. Ihr Bezirk Neu-Kölln wird als multikrimineller Slum enden, wenn der Einwandereranteil in 10 Jahren dort tatsächlich auf 75 bis 80 Prozent anwachsen sollte! Da können Sie die Kinder direkt im Kreißaal abholen lassen und Sie werden mit Ihrem staatlichen Repertoire nichts mehr bewegen! Da kann man dort nur noch die deutsche Verwaltung abziehen, eine Mauer drumherum bauen und das ganze als „Homeland“ in die Eigenverwaltung entlassen, wie man es aus dem früheren Südafrika kennt. Unsere Werte und unser Rechtssystem werden sich – bei absehbar weiter sinkender finanzieller Ausstattung des Staates – unter solchen Umständen dort nicht mehr aufrecht erhalten lassen.



Mannheimer siegt im Rechtsstreit gegen ZDF



Michael Mannheimer

(Foto l.) in aller Munde: [Soeben berichteten wir noch](#) über die Forderung der baden-württembergischen Grünen an Innenminister Reinhold Gall, über die Vorträge des 58-jährigen Islamkritikers bei der Polizei aufzuklären – jetzt der nächste Paukenschlag. Dem ZDF wurde per Gerichtsbeschluss vom 10. Januar 2013 untersagt, weiterhin zu verbreiten, Michael Merkle alias Mannheimer sei wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Die ZDF-Autoren Rainer Fromm und Elmar Theveßen hatten dies in einem außerordentlich diffamierenden Bericht über die islamkritische Szene im ZDF-Heute Journal vom 9. November 2012 ([PI berichtete damals](#)) geäußert.

In einer Pressemitteilung von Merkle-Anwalt Michael C. Schneider aus Frankfurt am Main heißt es dazu:

In dem Rechtsstreit Michael Merkle, genannt Mannheimer, gegen das ZDF zu dem Akt.Z. 4 W 680/12 hat das OLG Koblenz am 10.

Januar 2013 entschieden:

Das ZDF hat die Behauptung zu unterlassen, Michael Merkle/Mannheimer sei wegen Volksverhetzung verurteilt.

Denn in dem Strafverfahren zu dem Akt.Z. 32 Cs 30 Js 30023/2011 vor dem Amtsgericht Heilbronn hat er Einspruch eingelegt und es ist noch kein Hauptverhandlungstermin bestimmt.

Das LG Mainz hatte zunächst mit fadenscheinigen Gründen die Eilbedürftigkeit für das Verfügungsverfahren verneint.

Das hat das OLG Koblenz nun gerade gerückt.

Das heute journal hat mit seinem Beitrag vom 09. November 2012 das allgemeine Persönlichkeitsrecht von Michael Merkle/Mannheimer verletzt.

Damit ist jetzt der Weg frei für die Zuerkennung von Schmerzensgeldansprüchen, die bereits eingeklagt sind.

Das Oberlandesgericht lässt es in seinem Beschluss nicht an Deutlichkeit fehlen:

„Die Behauptung, eine andere Person sei verurteilt, während das Verfahren noch läuft und eine abschließende Entscheidung noch nicht vorliegt, stellt sich als UNWAHRE TATSACHENBEHAUPTUNG dar, die auch nach dem Eindruck des unbefangenen und kritischen Betrachters nur dahin gewertet werden kann, dass ein Verfahren gegen den Antragsteller bereits mit einer Verurteilung abgeschlossen ist. Diese Behauptung ist allerdings unwahr, da das Verfahren gegen den Antragsteller noch läuft und daher insoweit die Unschuldsvermutung gilt.“

Da das ZDF den Sachverhalt durch einen Anruf beim Amtsgericht Heilbronn hätte klären können, steht nun fest:

Das ZDF heute journal hat gelogen.

Denn es hat die Unrichtigkeit seiner Behauptung zumindest billigend in Kauf genommen.

So sieht also das öffentlich-rechtliche Fernsehen aus, das die Bürger mit Zwangsgebühren zwangsbeglücken will.

Eine Strafanzeige wegen Verleumdung gegen die Redakteure des heute journals ist durch Merkle/Mannheimers Rechtsanwälte bereits in Vorbereitung.

Denn diese haben sich nach ihrem „Missgriff“ nicht bei Merkle/Mannheimer entschuldigt.

Die Redakteure des heute journal werden sich also vielleicht in Kürze selbst strafrechtlich verantworten müssen.

Das OLG Koblenz hat außerdem die Wiederholungsgefahr bejaht: Wer einmal lügt, der tut es vielleicht wieder.

Wegen der besonderen Dringlichkeit hat das Oberlandesgericht die Verfügung ohne mündliche Verhandlung erlassen.

Die Entscheidung des OLG Koblenz zeigt, dass es in Deutschland doch noch Teile der Richterschaft gibt, die Gesetz und Recht nicht der Politischen Korrektheit aufopfern. Der Präsident des OLG Koblenz und die beiden anderen beteiligten Richter gehören dazu.

Wegen der Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ist es theoretisch möglich, dass sich das ZDF gegen die Unterlassungsverfügung zur Wehr setzen wird.

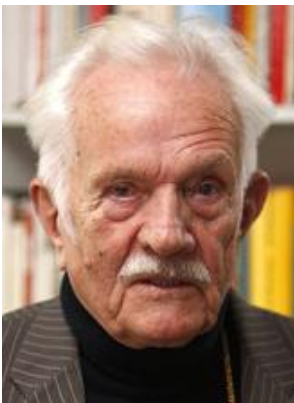
Unterdessen wird die Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz denen, die die Lüge des ZDF ungeprüft übernommen haben, wie etwa der Lokalredaktion Horb des Schwarzwälder Boten, sicher eine Lehre sein.

Der Schwarzwälder Bote war indes klüger als das ZDF: Es liegt hier eine strafbewehrte Unterlassungserklärung vor, durch die ein Unterlassungsantrag bei Gericht gegen den „SchwaBo“ in

letzter Minute vermieden wurde.

[Hier](#) der (teilgeschwärzte) Original-Beschluss des Oberlandesgerichts Koblenz vom 10. Januar 2013 und nachfolgend noch ein mal der damalige diffamierende Bericht von Rainer Fromm und Elmar Theveßen im Heute Journal mit der vakanten Stelle bei 2:44 min:

Klaus Rainer Röhl: 20 Jahre Politische Korrektheit



[...] Die Bilanz nach 20 Jahren politischer Korrektheit? Sind wir nun korrekt genug? Keineswegs. Das Misstrauen gegen die kleinen Leute ist geblieben, die Wut über ihre „eingefleischten Vorurteile“ und die „Stammtische“. Die Enttäuschung über die trotz „Monitor“, „Fakt“, „Kontraste“, „Panorama“ und immer neuer, hoch subventionierter „Programme gegen Rechts“ schwer erziehbaren Deutschen kommt in allen Politikerreden und Talkshows zum Vorschein. Eigentlich sind wir alle unbelehrbar und unkorrekt, das ganze, von frauenfeindlichen Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus befallene deutsche Volk. Vielleicht geben die Erzieher eines Tages einfach auf und suchen sich ein anderes Volk?
[\(Schlussabsatz eines lesenswerten Röhl-Artikels in der PAZ\)](#)

Grüne fordern Aufklärung über „Islamhasser“



Die [Kampagne der Heilbronner Stimme](#) gegen den Islamkritiker Michael Mannheimer ([PI berichtete](#)) trägt erste Früchte: Der innenpolitische Sprecher der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Hans-Ulrich Sckerl (Foto), hat jetzt bei Innenminister Reinhold Gall Aufklärung darüber verlangt, warum ein „Islamhasser“ wie Mannheimer jemals [bei der Polizei einen Vortrag](#) halten durfte.

[Die Stimme](#) schreibt:

Die Berichterstattung unserer Zeitung über den als Islamhasser bekannten Heilbronner Karl-Michael M. hat die Grünen im Landtag auf den Plan gerufen. M. hatte zwischen 2005 und 2007 mehrfach vor Polizisten in baden-württembergischen Direktionen zum Thema Islamismus referiert.

Brief an Gall

Das Innenministerium hat bestätigt, dass Vorträge in Heilbronn, Karlsruhe und Künzelsau gehalten wurden. Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Uli Sckerl, hat nun Innenminister Reinhold Gall einen Brief geschrieben, in dem er ihn um Aufklärung bittet.

„Wir wollen wissen, wieso Karl-Michael M. als Islamismus-Experte Vorträge vor Polizisten in Baden-Württemberg hält, wenn er als fanatischer Islamhasser in Deutschland gilt. Bei dem Kaliber der Vorwürfe gehe ich davon aus, dass die Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen über M. gehabt haben“, sagt Sckerl.

Vortrag trotz Warnung

Obwohl die Karlsruher Polizei damals in einem Rundschreiben ausdrücklich vor weiteren Einladungen gewarnt hatte, wie die Stimme berichtete, sei M. bei einer Fortbildung der Polizeidirektion Künzelsau erneut aufgetreten. „Hier geht es nicht um fehlendes Fingerspitzengefühl, das ist unfassbar“, erklärt Sckerl.

Das Innenministerium will erst Stellung beziehen, wie ein Sprecher sagt, wenn der Grünen-Brief beantwortet worden ist.

Der Leiter der Heilbronner Polizeidirektion (PD), Roland Eisele, bestätigt, dass M. am 16. Dezember 2005 einen Vortrag zum Thema „Islamismus – der Totalitarismus des 21. Jahrhunderts“ bei der PD gehalten habe. „Es war ein relativ neutraler Vortrag“, sagt Eisele, der damals noch kein PD-Leiter war. Gegen M. habe 2005 nichts vorgelegen, „heute sind wir sieben Jahre weiter“.

Zu den Islamvorträgen bei der Polizei hat Mannheimer bereits vor längerer Zeit [Stellung bezogen](#). Es ist zu befürchten, dass in Zukunft nur noch Redner vor der Polizei zugelassen werden, die dem Islam wohlgesonnen gegenüber stehen. Eine fatale Entwicklung!

Kontakt:

- » redaktion@stimme.de
- » hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de

Justizminister wirbt um Migranten als Schöffen



In Baden-Württemberg werden Ende dieses Jahres die Schöffen für die nächste Amtsperiode 2014 bis 2018 bestimmt. Obwohl es bislang immer mehr Bewerber als nötig gab, hat Justizminister Rainer Stickelberger (SPD) am 14. Januar in Stuttgart vor allem bei Migranten [für das Ehrenamt geworben](#). „Als Spiegel unserer bunten und vielfältigen Gesellschaft sollten auch die Richterbänke bunt und vielfältig besetzt sein“, so Stickelberger.

In einem [Interview mit Regio TV](#) (von 1:14 – 1:36 min) sagte Stickelberger weiter:

„Voraussetzung ist die deutsche Staatsbürgerschaft, aber wir sind natürlich gezielt auf der Suche nach Migrantinnen und Migranten, weil es ganz wichtig ist, dass auch Menschen aus anderen Kulturkreisen hier mitwirken, um auch für Verständnis zu werben für den Ablauf eines Strafprozesses, aber auch Erfahrungen aus anderen Kulturkreisen in den Strafprozess einfließen zu lassen.“

Meinten Sie damit vielleicht „Erfahrungen mit der Scharia“, Herr Stickelberger?

Kontakt:

Justizministerium Baden-Württemberg
Schillerplatz 4
70173 Stuttgart
Telefon (Vermittlung): 0711 / 279-0
Telefax: 0711 / 279-2264
E-Mail: poststelle@jum.bwl.de

(Spürnase: Stuttgarter)

Immer mehr Muezzine im katholischen Rheinland



Eschweiler – Das multikulturelle Leben in der Stadt wird bald durch einen Gebetsruf bereichert. Die Türkisch-islamische Gemeinde Ditib lädt damit jeden Freitagmittag zum Gebet in ihr Haus. [...] Vor über einem Jahr hat der Moscheeverein bereits den Antrag bei der Stadtverwaltung gestellt. Die Muslime in Eschweiler folgen damit ihrem Brauch, zum Gebet zu rufen, beschränken sich dabei aber auf einen Ruf in der Woche. [...] In anderen Kommunen ist der Ruf bereits Alltag. In der Nachbarstadt Stolberg ist der

Muezzin seit September 2009 zu hören. [...] Grundsätzlich sind Gebetsrufe in Deutschland durch die Religionsfreiheit geschützt. [...] In den politischen Gremien der Stadt stieß die Anfrage der Moscheevereins auf positives Echo, schreiben die [Aachener Nachrichten](#) am 30.11.2012 und auch [PI berichtete](#) schon darüber.

(Von Johann M.)

Das Landesimmissionsschutzgesetz schreibt für den Muezzin-Ruf Standardwerte von maximal 60 Dezibil und kurzzeitige Spitzenwerte von 90 Dezibel vor. Dieses Gesetz war auch der Grund, warum im Eschweiler Stadtteil Dürwiß eine Kirchenglocke des Nachts schweigen musste. Eine Bürgergruppe hatte heftig gegen das nächtliche Läuten protestiert – mit Erfolg.

Glocken werden zum Schweigen gebracht, Kreuze werden aus den Klassenräumen entfernt und der Ruf des Muezzin wird als Kulturbereicherung bezeichnet: Alltag in schon vielen Städten des Rheinlandes und in NRW. In Eschweiler kommt mit Rudi Bertram (SPD) wie vielerorts ein islamfreundlicher Bürgermeister mit dem Hang zur kulturellen Neugestaltung seiner Kommune hinzu. Schliesslich ist die muslimische Community die am schnellsten wachsende Glaubensgemeinschaft in den meisten Kommunen des Rheinlandes. Hier erwächst das Potenzial für eine neue Wählerklientel, die bevorzugt Rot-Grün wählt, weil sie dort die nützlichen Mentoren finden, die die islamische Ideologie protegieren und die Türen für die Etablissements der politischen und gesellschaftlichen Macht öffnen. Dass ein solcher Mentor auch zum nützlichen Idioten mutieren kann, kann man auch beim ausgeschiedenen Kölner Bürgermeister „Türkenfritz“ Schramma (CDU) feststellen, der die DITIB beim Bau der neuen Köln-Ehrenfelder Protz-Moschee nach allen Kräfte unterstützte, bis die DITIB ihn sozusagen [nicht mehr brauchte und abservierte](#). Also auch die CDU im Rheinland ist in weiten Teilen schon von der Kulturbereicherung infiziert, zumindest solange, wie die muslimischen Enklaven nicht das Privatleben tangieren, wenn man von den Besuchen in

orientalischen Restaurants einmal absieht. Die Pharisäer der Neuzeit sind unsere Politiker.

Am 11. Januar war es dann soweit: Imam Mustafa Necati BariS rief die Muslime in der Stadt Eschweiler öffentlich ins Gebetshaus. Die Honoratioren der Stadt und die führenden Vertreter des Moscheevereins sprachen von einem „historischen Ereignis“ und gratulierten sich gegenseitig. Besondere Gäste waren der Generalkonsul der Türkei, Mustafa Kemal Basa, und der Attaché der Türkei, Tayfun Keltek.

Bürgermeister Bertram (2009 mit 72% der Stimmen wiedergewählt!) mahnte noch an, dass man Toleranz jeden Tag üben müsse, und dass wir alle für ein Miteinander verantwortlich wären. Die Integration (von Muslimen) in Eschweiler wurde durch den Bürgermeister zur „Chefsache“ erklärt.

Nachdem die Ditib nun die erste bürokratische Hürde bezüglich des Muezzin genommen hat, stellt sich sofort die Frage, was als nächste Forderung kommen möge. Die Antwort darauf kann sich wohl jeder selbst denken.

Daten, Fakten und Wissenswertes:

In Eschweiler leben rund 57.000 Einwohner und die Stadt liegt geographisch zwischen Aachen und Köln. Rund 66 % der Eschweiler Bevölkerung sind katholisch und rund 13 % sind evangelisch. Eschweiler war seit der Gründung im Jahre 1994 Sitz des Zentralrats der Muslime in Deutschland, bis dieser zum 1. Juli 2006 seinen Sitz nach Köln verlegte. Auf dem Stadtgebiet befinden sich fünf Moscheen (Türken sagen dazu Camii). Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger beträgt knapp 10%. Die größten Anteile fallen auf die Türkei (20 %), Bosnien-Herzegowina (9 %) und Marokko (7 %).

Knapp 10 % der deutschen Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Menschen aus 103 unterschiedlichen Herkunftsländern, Ethnien und/oder Glaubenszugehörigkeiten

leben in Eschweiler. Integration wird in Eschweiler, wie in fast allen deutschen Städten, beinahe ausschließlich an Menschen mit muslimischen Migrationshintergrund thematisiert. Schon im Jahr 2000 wurde der Stadt Eschweiler das Schild mit dem Titel „Eschweiler hat keinen Platz für Rassismus“ von der Aktion „Courage – SOS Rassismus NRW“ verliehen. Der Bürgermeister als Advokat der Migranten ließ eine Abteilung für Integrationsangelegenheiten gründen – ein richtiger Stab, der der finanzklammen Kommune noch mal richtig Geld kostet. Bürgermeister Bertram erklärt auf der Integrationsseite der Stadt, dass die Integrationsarbeit in Eschweiler ein dauerhafter Prozess in einer Welt der Wanderungen bleiben werde.

Und so sieht die Zukunft für Eschweiler aus:

[Schüler an allgemeinbildenden Schulen](#) im Schuljahr 2011/12 nach Religionszugehörigkeit

Grundschulen

Kath: 1206

Evang: 243

Islam: 269

Ohne: 234

Sonst: 47

Anteil Moslems: 13,5%

Alle anderen Schulen

Kath: 3162

Evang: 750

Islam: 522

Ohne: 319

Sonst: 186

Anteil Moslems: 10,6%

Szenario:

Wenn man davon ganz grob ein lineares Wachstum (exponentiell wäre korrekt) des muslimischen Bevölkerungsanteils alle sechs

Jahre von 3% ableitet, dann wäre das ein Zuwachs in 60 Jahren von ungefähr 30%. Man kann bei der jetzigen Fertilitätsrate der muslimischen Bevölkerung grob davon ausgehen, dass im Jahre 2073 rund 40% der Bewohner Eschweilers eine islamische Religionszugehörigkeit haben werden. Dabei sind Migrationsströme aus islamischen Ländern noch nicht einmal mitgerechnet. Auch nicht berücksichtigt ist, dass der autochthone, indigene Bevölkerungsanteil abnimmt. Auch wenn die Fertilitätsrate der Muslime in 20 oder 30 Jahren abnimmt, kann aufgrund eines realen exponentiellen Wachstums über gut drei bis vier Generationen der Zuwachswert von 30% erreicht werden, auch weil muslimische Mütter wesentlich jünger als Deutsche Mütter sind. Allerdings könnte der Kleinstadt-Charakter von Eschweiler, wie auch bei jeder anderen deutschen Kleinstadt, den technischen Anpassungsdruck an die Moderne für Moslems so erhöhen, dass ihre Reproduktionsrate schneller absinkt als angenommen.

Eschweiler kann also den 11.1.2013 als Gedenktag schon heute feiern: Es ist der Tag, an dem zum ersten Mal der Ruf eines Muezzin in die Ohren der Ungläubigen drang. Wahrscheinlich wird in einigen Jahrzehnten ein Gedenkstein an dieses „historische Ereignis“ erinnern und der muslimische Bürgermeister wird die Christen ermahnen, ihre nur noch vier Kirchen ohne Glockengeläut zu besuchen. Und der Stadtrat diskutiert im Jahre 2080 darüber, ob man die Anzahl Christen und anderer Ungläubigen nicht im öffentlichen Straßenbild der Innenstadt minimieren könne, denn schließlich sei deren Anblick für Moslems eine Beleidigung. Der Integrationsbeauftragte der Stadt Eschweiler wurde schon im Jahre 2035 durch einen Moral- und Sittenwächter ersetzt. Kopftücher müssen seit 2040 alle Frauen tragen. Es wird dunkel in Eschweiler...

Terror in Algerien: „Sie wollten Ungläubige töten“

✘ In einem Artikel zum Überfall auf die BP-Anlage in der algerischen Stadt Aménas ([PI berichtete](#)) zitiert der [Spiegel](#) einen Augenzeugen: „Sie haben uns von Anfang an gesagt, dass sie es nicht auf Muslime abgesehen haben. Es ging ihnen um die Christen und Ungläubigen. Sie schienen das Gelände sehr gut zu kennen und benutzten die Sprache des radikalen Islam.“ Die Entführer hätten deutlich gemacht, dass sie „die Ungläubigen töten wollten“.

Aus unserer Sicht ist die Unterwerfung, Gewalt und das Töten von sogenannten „Ungläubigen“ im Islam nicht radikal, sondern dessen zentraler Bestandteil. Ziel des Islam ist, sich weltweit gegen alle anderen Religionen durchsetzen, nötigenfalls mit Gewalt. Der Koran enthält 25 konkrete Mordaufrufe und zahllose weitere Aufrufe zu Gewalttaten gegen die „Ungläubigen“, wie zum Beispiel:

„Er ist es, der seinen Gesandten mit ... der Religion der Wahrheit gesandt hat, um sie über jeden anderen Glauben siegreich zu machen.“ (Sure 48, Vers 2) [Die Versnummern weichen bei anderen Koran Ausgaben manchmal ab]

„Und kämpfet wider sie [die Ungläubigen]..., bis alles an Allah glaubt.“ (Sure 8,39)

„Sie [die Gläubigen] sollen kämpfen in Allahs Weg und töten und getötet werden.“ (Sure 9,111)

Nichtmoslems werden im Koran ausdrücklich herabgesetzt:

„Siehe, schlimmer als das Vieh sind bei Allah die Ungläubigen.“ (Sure 8,55)

„Siehe, die Ungläubigen vom Volk der Schrift [d.h. Christen

und Juden] ... Sie sind die schlechtesten der Geschöpfe.“ (Sure 98,6)

Der Koran ruft zur Gewalt gegenüber Andersgläubigen und -denkenden auf:

„Sind aber die heiligen Monate verflossen, so erschlaget die Götzendiener, wo ihr sie findet, ... und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf.“ (Sure 9,5)

„Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt.“ (Sure 47,4)

[Hier](#) eine kurze Einführung „Was Sie über den Islam wissen müssen“.